
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1369. Plenarsitzung)**

1. Datum: Mittwoch, 13. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.10 Uhr
Schluss: 13.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **AKTIVIERUNG DES MOSKAUER MECHANISMUS
DURCH 45 TEILNEHMERSTAATEN DER OSZE
NACH KONSULTATIONEN MIT DER UKRAINE**

Vorsitz, W. Benedek (Berichterstatter nach dem Moskauer Mechanismus), M. Sassòli (Berichterstatter nach dem Moskauer Mechanismus), V. Bílková (Berichterstatterin nach dem Moskauer Mechanismus), Rumänien (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) (Anhang 1), Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 3), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 4), Türkei (Anhang 5), Frankreich (Anhang 6), Schweden (Anhang 7), Griechenland (Anhang 8), Litauen (Anhang 9), Norwegen (PC.DEL/562/22), Georgien

(PC.DEL/572/22), Irland (Anhang 10), Italien (Anhang 11), Russische Föderation (Anhang 12) (Anhang 13), Island (Anhang 14), Dänemark (Anhang 15), Bulgarien (Anhang 16), Slowakei (Anhang 17), Deutschland (Anhang 18), Kanada (Anhang 19), Schweiz (PC.DEL/578/22 OSCE+), Spanien (Anhang 20), Belgien (Anhang 21), Slowenien (Anhang 22), Portugal (Anhang 23), Estland, Malta (Anhang 24), Lettland (Anhang 25), Belarus (PC.DEL/575/22 OSCE+), Finnland (Anhang 26), Tschechische Republik (Anhang 27), Moldau (Anhang 28), Niederlande (Anhang 29), Frankreich – Europäische Union, Ukraine (Anhang 30)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION RUMÄNIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,
GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,
KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,
ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, SAN MARINO, SCHWEDEN,
DER SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN,
SPANIEN, DER TSCHJECHISCHEN REPUBLIK, DER TÜRKEI,
UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN VEREINIGTEN
STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

Herr Vorsitzender,

ich gebe diese Erklärung im Namen von 46 Teilnehmerstaaten ab: Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Kanada, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Serbien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Ukraine.

Herr Vorsitzender,

am Dienstag, dem 12. April 2022, erhielten die OSZE-Teilnehmerstaaten den Bericht des unabhängigen Expertenteams nach dem Moskauer Mechanismus, der sich mit den menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der von Belarus unterstützten Invasion und Kriegshandlungen der Russischen Föderation auf die Bevölkerung der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer der Ukraine befasst. Die Expertin und die beiden Experten hatten folgenden Auftrag:

„Feststellung der Tatsachen und Umstände möglicher Verstöße gegen OSZE-Verpflichtungen sowie von Verletzungen und Missachtungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts;

Feststellung der Tatsachen und Umstände möglicher Fälle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich vorsätzlicher und unterschiedsloser Angriffe auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur, und Sammlung, Auswertung und Analyse dieser Informationen, um sie an einschlägige Rechenschaftsmechanismen sowie an nationale, regionale oder internationale Gerichte weiterzuleiten, die zuständig sind oder in Zukunft zuständig sein könnten.“

Dass wir am 3. März 2022 alle gemeinsam, unterstützt von der Ukraine, den Moskauer Mechanismus aktiviert haben, war Zeichen unserer gemeinsamen Besorgnis über die Auswirkungen des russischen Einmarsches. Leider bestätigt der Bericht der unabhängigen Expertin und der unabhängigen Experten unsere Befürchtungen.

Während unsere Hauptstädte und Delegationen den 99 Seiten umfassenden Bericht zurzeit noch im Detail prüfen, möchten wir schon eine Reihe entscheidender Feststellungen des Expertenteams in dessen Zusammenfassung herausgreifen.

1. „Die Mission stellte eindeutige Muster bei der Verletzung des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen fest.“
2. „Hätte es (Russland) seine Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht in Bezug auf die Grundsätze der Unterscheidung, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen beim Angriff sowie betreffend besonders geschützte Objekte wie Krankenhäuser eingehalten, wäre die Zahl der getöteten oder verletzten Zivilpersonen viel geringer geblieben.“
3. „Ein großer Teil des Verhaltens, das die russischen Truppen in den von Russland, auch über seine Stellvertreter, die selbsternannten ‚Republiken‘ Donezk und Luhansk, vor und nach dem 24. Februar 2022 besetzten Teilen der Ukraine an den Tag gelegt haben, verletzt die Normen des humanitären Völkerrechts für militärische Besetzungen.“
4. Der Bericht hat „glaubwürdige Beweise“ ergeben, „die darauf hindeuten, dass Verstöße begangen wurden, die sogar die grundlegendsten Menschenrechte (Recht auf Leben, Verbot von Folter und anderer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe) betreffen, vorwiegend in den Gebieten, die effektiv von Russland kontrolliert werden, oder den Verwaltungseinheiten, die unter der Gesamtkontrolle Russlands stehen“.

Darüber hinaus bestehen deutliche Hinweise darauf, dass von den russischen Truppen begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit möglicherweise im Rahmen ausgedehnter oder systematischer Angriffe gegen die Zivilbevölkerung erfolgten, wozu im Bericht ausgeführt wird:

5. „Einige Muster von gegen die internationalen Menschenrechtsnormen verstoßenden Gewalttaten, die im Laufe des Konflikts wiederholt dokumentiert wurden, wie die gezielte Tötung, das zwangsweise Verschwindenlassen und die Entführung von Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten sowie lokale Amtsträgerinnen und -träger, dürften

diese Voraussetzungen erfüllen. Jede einzelne derartige Gewalttat, die im Rahmen und in Kenntnis eines solchen Angriffs begangen wurde, würde in diesem Fall ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.“

Was Empfehlungen betreffend weitere Maßnahmen betrifft, heißt es in dem Bericht:

6. „Der Bericht kann anderen Gremien als Grundlage für eine eingehendere Untersuchung der rechtlichen Verantwortlichkeiten dienen. Die Ergebnisse können unter Umständen auch dazu beitragen, politische Verantwortlichkeiten festzumachen.“

Herr Vorsitzender,

wir sind erfreut, dass die Ukraine der Expertenmission ihren Dank für die „gewaltige Arbeit, die sie geleistet hat“, ausgesprochen hat. Auch wir möchten Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für ihren unermüdlichen Arbeitseinsatz bei der Erstellung dieses Berichts in so kurzer Frist danken. Wie bereits erwähnt, wird der Bericht im OSZE-Raum und darüber hinaus sorgfältig zu prüfen und auszuwerten sein. Die allgemeinen Schlussfolgerungen sind jedoch klar und überzeugend dargelegt. Es ist nun an den Teilnehmerstaaten und der internationalen Gemeinschaft, dafür zu sorgen, dass wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Dies umfasst auch Folgemaßnahmen in der OSZE unter weiterer Nutzung ihrer Instrumente und Mechanismen in der menschlichen Dimension.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender, ich möchte eine Erklärung im Namen meines Landes abgeben, ergänzend zu derjenigen, die Botschafter Stelian Stoian aus Rumänien soeben im Namen der 45 Teilnehmerstaaten – unter ihnen das Vereinigte Königreich – abgegeben hat, die mit Unterstützung der Ukraine den Moskauer Mechanismus aktiviert haben.

Ich möchte heute Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli im Ständigen Rat willkommen heißen und ihnen für ihre professionelle und sorgfältige Arbeit danken, mit der sie diesen Bericht erstellt haben. Wir sind sehr froh, dass wir für die Erstellung dieses wichtigen Berichts Ihr Fachwissen und Ihre Unabhängigkeit in Anspruch nehmen konnten.

Herr Vorsitzender, das Vereinigte Königreich hat die gemeinsame Entscheidung, den Moskauer Mechanismus in Gang zu setzen, mit Nachdruck unterstützt. Der Grund dafür war unsere große Besorgnis über die humanitären Auswirkungen der russischen Invasion und das damit einhergehende Risiko von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Seit der Aktivierung des Mechanismus am 3. März haben wir in diesem Rat regelmäßig über einige der wahrhaft erschütternden Vorfälle gesprochen, die ans Licht gekommen sind. Dabei kamen die Ereignisse in Mariupol, Butscha, Irpin und Borodjanka zur Sprache. Anfang dieser Woche haben wir unser Entsetzen über die tragischen Vorfälle in Kramatorsk zum Ausdruck gebracht: über die Raketenangriffe auf eine Ansammlung von laut Berichten mehr als tausend Menschen, die auf Züge warteten, um dem russischen Angriff zu entkommen. Über fünfzig von ihnen – unschuldige Zivilpersonen – Frauen, Männer, Kinder – dürften bei diesem barbarischen Angriff getötet und mehr als hundert verletzt worden sein.

Der heute von Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli vorgelegte Bericht macht deutlich, dass wir und die gesamte internationale Gemeinschaft recht daran getan haben, den Moskauer Mechanismus auf Grund unserer Besorgnis über die russische Invasion zu aktivieren. Wir erfahren aus dem Bericht, zu welchen menschlichen Tragödien es als direkte Folge der russischen Handlungen kam – Deportationen, Belagerungen und humanitäre Korridore, gezielte Angriffe auf einzelne Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Infrastruktur sowie die Auswirkungen auf gefährdete Gruppen werden jeweils in eigenen Abschnitten behandelt. Die Abschnitte, die sich mit zwei konkreten Angriffen – auf die Entbindungs- und Kinderklinik von Mariupol und das Theater von

Mariupol – befassen, führen uns in allen Einzelheiten die Schrecken vor Augen, denen die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt bis zum heutigen Tag ausgesetzt sind, ebenso wie die Konsequenzen der russischen Aggression.

Herr Vorsitzender, der Bericht bezieht sich auf Vorfälle zwischen dem 24. Februar und dem 1. April. Er befasst sich nicht mit den jüngsten Gräueltaten in der Ukraine, doch nehmen wir die Feststellung der Autoren zur Kenntnis, dass Butscha „eine eingehende internationale Untersuchung verdient und erfordert“. Dieser Bericht – der erste unabhängige Bericht unter der Schirmherrschaft einer internationalen Organisation – ist wichtig. Er bestätigt unsere Befürchtungen wie auch „eindeutige Muster bei der Verletzung des humanitären Völkerrechts (HVR) durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen“.

Dieser Bericht ist nur der erste von wahrscheinlich vielen. Als internationale Gemeinschaft müssen wir die Verantwortlichen für die Gräueltaten in der Ukraine zur Rechenschaft ziehen, einschließlich der militärischen Befehlshaber und anderer Personen aus Putins Regime. Soldaten und Vorgesetzte, die gesetzeswidrige Befehle erteilen oder befolgen, müssen wissen, dass ihre Taten dokumentiert und sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die Gerechtigkeit wird siegen.

Herr Vorsitzender, möglicherweise wird sich heute die russische Delegation zu Wort melden. Wenn ja, dürfen wir uns auf die üblichen Realitätsverdrehungen, Dementis und Desinformationen gefasst machen. Aber wie wir bereits gesagt haben: Was zählt, sind die Fakten. Genau aus diesem Grund hat eine große Mehrheit der Teilnehmerstaaten mit Unterstützung der Ukraine um Einsetzung dieser Mission zur Feststellung der Fakten ersucht. Nur mit Fakten können wir sicherstellen, dass all jene, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern Russland mit allem Nachdruck auf, seine Angriffe jeglicher Art auf die Zivilbevölkerung zu beenden, seine Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine zurückzuziehen und diesen Krieg zu beenden. Das Vereinigte Königreich wird die Souveränität, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Einheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen weiterhin entschlossen unterstützen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beifügen zu lassen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich schließe mich ebenfalls voll und ganz der Erklärung an, die mein verehrter Kollege, der Botschafter Rumäniens, soeben im Namen der Staaten abgegeben hat, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben.

Zunächst möchte ich Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli für ihren akribischen und gut dokumentierten Bericht danken, den sie im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE erstellt haben und der sich auf die erste Phase der erneuten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine vom 24. Februar bis zum 1. April 2022 bezieht. Ich möchte auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte für seine Unterstützung der Mission danken. Obwohl die Mission unter großem Zeitdruck arbeitete, hat sie einen gründlichen und aussagekräftigen Bericht über die von Russland begangenen Verletzungen und Missachtungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts vorgelegt. An mehreren Stellen werden in dem Bericht Einzelheiten zu Fällen geschildert, in denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden sein dürften.

Insgesamt dokumentiert der Bericht einen ganzen Katalog von unmenschlichen Taten, die von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden. Darunter finden sich Beweise für direkte Angriffe auf Zivilpersonen, Angriffe auf medizinische Einrichtungen, Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Plünderungen und Zwangsdeportationen von Zivilistinnen und Zivilisten nach Russland. Die Mission stellte „eindeutige Muster der Verletzung des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte“ fest, und – wie Professor Sassòli soeben erläuterte – es ist „nicht vorstellbar, dass so viele Zivilistinnen und Zivilisten getötet und verletzt und so viele zivile Objekte [...] beschädigt oder zerstört worden wären, wenn Russland seine Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht in Bezug auf die Grundsätze der Unterscheidung, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen eingehalten hätte“ (Seite 93).

Der Bericht dokumentiert viele besonders schändliche Angriffe, wie den Angriff auf die Entbindungs- und Kinderklinik von Mariupol vom 9. März; er hält diesbezüglich fest, dass das Krankenhaus durch einen russischen Angriff zerstört wurde. Die Mission kam zu

dem Schluss, dass dieser Angriff vorsätzlich und ohne wirksame Warnung erfolgte und somit einen „eindeutigen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht“ und „ein Kriegsverbrechen“ darstellt (Seite 47). Die Behauptung der russischen Regierung, das Krankenhaus sei für militärische Zwecke genutzt worden, wies die Mission kategorisch zurück.

In gleicher Weise stellte die Mission fest, dass der Angriff auf das Theater in Mariupol am 16. März, bei dem etwa 300 Menschen getötet wurden, mit großer Wahrscheinlichkeit ein ungeheuerlicher Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht war und dass diejenigen, die ihn befohlen oder ausgeführt haben, ein Kriegsverbrechen begangen haben. Die Mission wies auch den Versuch des Kremls zurück, die Ukraine für diesen und andere Angriffe verantwortlich zu machen (Seiten 47 – 48).

Der Bericht dokumentiert nachdrücklich das ganze Ausmaß der Grausamkeit der russischen Regierung. So wird beispielsweise beschrieben, wie die russischen Streitkräfte das Schutzzeichen des Roten Kreuzes, weiße Fahnen, ukrainische Flaggen, Zivilkleidung und sogar OSZE-Symbole verwendeten, um ihre militärischen Operationen zu bewerkstelligen (Seite 43). Er dokumentiert Fälle, in denen die russischen Streitkräfte Zivilpersonen, darunter auch Journalistinnen und Journalisten, ohne jedes Verfahren festhalten und mit Methoden misshandeln, die mit Folter gleichzusetzen sind. In einem Fall ging es um einen ukrainischen Dolmetscher und Vermittler von Radio France, der neun Tage lang in der Zentralukraine gefangen gehalten wurde. Im Bericht heißt es: „Er wurde allein in einem eisigen Keller eingesperrt, wiederholt mit einer Eisenstange und mit Gewehrkolben traktiert, mit Stromstößen gefoltert, 48 Stunden lang ohne Nahrung gelassen und einer Scheinhinrichtung ausgesetzt“ (Seite 18).

Der Bericht führt auch Beweise dafür an, dass die russischen Streitkräfte nach einem „weit verbreiteten und systematischen Muster“ ukrainische Gesundheitseinrichtungen beschädigten und allein zwischen dem 24. Februar und dem 22. März 52 derartige Einrichtungen durch „wahllosen Beschuss und in einigen Fällen gezielt“ angriffen, was als Kriegsverbrechen einzustufen ist (Seite 36 – 37).

Er beschreibt, wie die russischen Streitkräfte am 16. März auf friedliche Demonstrierende in Skadowsk das Feuer eröffneten. Der Bericht dokumentiert 24 Fälle unrechtmäßiger Inhaftierung und des Verschwindenlassens lokaler Amtspersonen in Regionen, die von den russischen Streitkräften gehalten werden, sowie die unrechtmäßige Inhaftierung und das Verschwindenlassen von 21 Journalistinnen und Journalisten und Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Er dokumentiert Plünderungen durch russische Soldaten, die „einen Verstoß gegen das [humanitäre Völkerrecht] und ein Kriegsverbrechen darstellen“ (Seite 23). Er dokumentiert die Zwangsumsiedlung sowie die unrechtmäßige Einziehung zum Wehrdienst ukrainischer Staatsangehöriger in Donezk und Luhansk. Er beschreibt auch, wie am 7. März Jurij Prylypko, Bürgermeister des Dorfes Hostomel, und zwei Freiwillige, Ruslan Karpenko und Iwan Sorja, von russischen Soldaten erschossen wurden, als sie Lebensmittel und Medikamente an die Bewohner des Dorfes verteilten. Und weiter heißt es: „Am 13. März 2022 wurde Alexander Kononow, ein behinderter proukrainischer Aktivist aus der Region Luhansk, zu Hause in seinem Rollstuhl von russischen Soldaten erschossen. Der Bericht schließt mit den nüchternen Worten: „Diese Vorfälle lassen sich nur schwer durch militärische Notwendigkeit begründen.“ Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und sagen: Dieser ganze Krieg war keine

Notwendigkeit. Es ist ein willkürlich losgetretener Krieg, ein grausamer Krieg, ein bestialischer Krieg.

Herr Vorsitzender, wie wir alle wissen, werden die russischen Gräueltaten auch nach der Fertigstellung dieses Berichts weitergehen. Seitdem die Mission ihren Bericht fertiggestellt hat, wird die Welt von Bildern erschüttert, die die Massaker der russischen Streitkräfte an den Zivilistinnen und Zivilisten in Butscha, Irpin und anderen von der Ukraine befreiten Gebieten zeigen. Die ukrainischen Behörden berichteten am 10. April, dass allein in der Region Kyjiw nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Gebiet mehr als 1 200 Leichen entdeckt wurden. Die ukrainischen Behörden berichten auch weiterhin von empörenden Fällen sexueller Gewalt durch russische Soldaten gegen Frauen und Kinder in der Region Kyjiw und anderswo. Kaum acht Tage sind seit der Vorlage dieses Berichts vergangen, in denen die Welt zudem Zeuge des barbarischen russischen Raketenangriffs auf den Bahnhof von Kramatorsk am 8. April wurde, dem bislang 57 Zivilpersonen zum Opfer gefallen sind; zahlreiche weitere wurden dabei verletzt. Es gab auch Berichte, dass die russischen Streitkräfte in Mariupol mobile Krematorien eingesetzt hätten, um – wie ich unlängst feststellte – Gräueltaten zu vertuschen, und dass sie ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten aus Mariupol und anderen Gebieten, die sie seit dem 24. Februar unter ihrer Kontrolle haben, zwangsweise deportierten und überführten. Wer außer Russland käme auf die Idee, mobile Krematorien einzusetzen? Die Zerstörung ganzer Städte und die Ermordung von Zivilistinnen und Zivilisten gehen in Mariupol, Charkiw, Isjum und anderen Städten und Ortschaften weiter, da Russland diese Gebiete unablässig aus der Luft bombardiert und mit Mörsern und Artillerie beschießt.

Derzeit gehen wir Berichten nach, wonach die russischen Streitkräfte bei einem Angriff in Mariupol chemische Substanzen eingesetzt haben sollen. Es gibt glaubwürdige Informationen darüber, dass die russischen Streitkräfte im Zuge ihrer aggressiven Offensive zur Einnahme von Mariupol möglicherweise eine Reihe von Reizstoffen eingesetzt haben, die bei der Bekämpfung von Ausschreitungen und Unruhen Verwendung finden, darunter Tränengas, in das chemische Kampfstoffe gemischt wurden, die stärkere Symptome hervorrufen, mit dem Ziel, verschanzte ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer und Zivilistinnen und Zivilisten zu schwächen und außer Gefecht zu setzen. Dieses Szenario bereitet uns schon seit einiger Zeit Sorgen und wir haben die Welt wiederholt davor gewarnt. Wir müssen jetzt dringend die Beweise sammeln, um sicherzustellen, dass für ein weiteres Kriegsverbrechen, zu dem es in der Ukraine möglicherweise gekommen ist, die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Vorsitzender, der Moskauer Mechanismus soll in diesem Fall in erster Linie dafür sorgen, die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stärken. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass im Einklang mit dem Mandat der Mission alle in diesem Bericht gesammelten Informationen den einschlägigen Rechenschaftsmechanismen sowie nationalen, regionalen und/oder internationalen Gerichten zur Verfügung gestellt werden, die zuständig sind oder in Zukunft zuständig sein könnten. Ich stelle fest, dass der Bericht Formulierungen enthält, denen zu entnehmen ist, dass neue Rechenschaftsmechanismen geschaffen werden könnten, worauf Sie, Professor Benedek, ja auch hingewiesen haben. Ich würde gerne wissen, ob Sie dazu irgendwelche konkrete Empfehlungen haben. Leider ist anzunehmen, dass in den kommenden Tagen und Wochen noch viele weitere Gräueltaten ans Licht kommen, und die Teilnehmerstaaten an diesem Tisch müssen

sich darauf einstellen, auch weiterhin von den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten Gebrauch zu machen, um zu dokumentieren, Beweise zu sammeln und die Grundlage für eine künftige Strafverfolgung zu schaffen.

Herr Vorsitzender, wir müssen alles tun, um sicherzustellen, dass jede einzelne verantwortliche Person zur Rechenschaft gezogen wird. Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Ressourcen aufbieten, um gemeinsam mit ihren Verbündeten und Partnern die Bemühungen um Dokumentation und Rechenschaftspflicht zu unterstützen. Dazu sind wir im Namen der Opfer und der Menschlichkeit verpflichtet.

Danke, Herr Vorsitzender. Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union heißt Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli im Ständigen Rat willkommen und dankt ihnen für ihren Bericht. Der Bericht wurde im Einklang mit dem Moskauer Mechanismus der OSZE erstellt, der – mit Unterstützung der Ukraine – von 45 Teilnehmerstaaten, darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aktiviert wurde, da wir schwerwiegende Besorgnis bezüglich der menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen des brutalen und rechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hegten, den wir auf das Schärfste verurteilen.

Wir danken der Expertin und den Experten für ihre unvoreingenommene Beurteilung und ihre Bemühungen, die erforderlichen Informationen zusammenzutragen, und wir danken der Ukraine für ihre Einladung und für die Erleichterung dieser enormen Aufgabe. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Ukraine den Experten ihren Dank für die „gewaltige Arbeit, die sie geleistet haben“ ausgesprochen hat. Wir danken auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte für seine technische Unterstützung der Mission. Dieser Krieg wird nicht nur auf dem Schlachtfeld geführt. Es ist klar, dass der Kreml auch eine infame Desinformationskampagne führt, um die Fakten über die brutalen russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu verschleiern. Daher waren verlässliche Informationen und das Sammeln der Fakten noch nie so wichtig wie heute.

In dem Bericht werden Verstöße auf beiden Seiten festgestellt, aber die Schlussfolgerung ist eindeutig: „Die Verstöße der Russischen Föderation sind in ihrem Ausmaß und ihrer Art bei Weitem größer“. Der Bericht zeigt bedauerlicherweise die abscheuliche und bestürzende Realität von eindeutigen Mustern bei den Verletzungen des humanitären Völkerrechts auf, die die russischen Streitkräfte bei der Durchführung ihrer Kampfhandlungen erkennen lassen. Der Bericht bestätigt ferner, dass ein großer Teil des Verhaltens, das die russischen Truppen in den von Russland, auch über seine Stellvertreter, die selbsternannten ‚Republiken‘ Donezk und Luhansk, vor und nach dem 24. Februar 2022 besetzten Teilen der Ukraine an den Tag gelegt haben, die Normen des humanitären Völkerrechts für militärische Besetzungen verletzt. Die Mission hat „glaubwürdige Beweise“ ergeben, „die darauf

hindeuten, dass Verstöße begangen wurden, die sogar die grundlegendsten Menschenrechte (Recht auf Leben, Verbot von Folter und anderer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe) betreffen, vorwiegend in den Gebieten, die effektiv von Russland kontrolliert werden, oder den Verwaltungseinheiten, die unter der Gesamtkontrolle Russlands stehen“. Darüber hinaus hat die Mission festgestellt, dass der Konflikt zwar alle Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine betrifft, aber nach wie vor unverhältnismäßig starke negative Auswirkungen für Angehörige besonders schutzbedürftiger Gruppen wie Frauen und Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen hat. In dem Bericht werden auch Muster von Gewalttaten aufgezeigt, die gegen die internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen, wie beispielsweise gezielte Tötungen, zwangsweises Verschwindenlassen oder die Entführung von Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten und lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger, und es wird festgestellt, dass jede einzelne derartige Gewalttat, die im Rahmen eines solchen Angriffs und in Kenntnis dessen begangen wird, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.

Die Europäische Union nimmt die Empfehlung der Expertenmission zu weiteren Ermittlungen zur Kenntnis, insbesondere im Hinblick auf die Feststellung der individuellen strafrechtlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen. Wie wir bereits erklärt haben, wird es keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben. Insbesondere sind wir erschüttert und empört über die massiven Gräueltaten, die von den russischen Streitkräften in Butscha und Borodjanka sowie in Irpen, Hostomel, Iwankiw und anderen Orten, die inzwischen von der Ukraine befreit wurden, begangen worden sein sollen. Wir verurteilen auf das Schärfste die anhaltende grauenvolle Belagerung von Mariupol und den ständigen Artilleriebeschuss anderer Orte, darunter Tschernihiw und Charkiw. Die brutale, unterschiedslose Bombardierung wehrloser Zivilistinnen und Zivilisten, darunter auch Kinder, werden diejenigen, die diesen sinnlosen Krieg auf dem Gewissen haben, als weitere Blutschuld verantworten müssen. Dasselbe gilt auch für die Bombardierung der Kinderklinik von Mariupol, die, wie die Mission abschließend feststellt, durch einen russischen Angriff zerstört wurde. Es gilt auch für den Angriff in Kramatorsk in der vergangenen Woche und den mutmaßlichen Einsatz von Streumunition und anderen von den Vereinten Nationen geächteten Waffen in Wohngebieten. Wer Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat, muss und wird ebenso dafür zur Rechenschaft gezogen werden, wie alle Verantwortlichen in staatlichen und militärischen Führungsfunktionen. Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, und wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, dies ebenfalls zu tun. Wir würdigen die diesbezüglichen unermüdlichen Anstrengungen und Beiträge der Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger. Der Bericht nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE liefert einen maßgeblichen Beitrag zu einer ersten Aufnahme und Analyse der Fakten, damit diese den derzeit oder künftig zuständigen Rechenschaftsmechanismen vorgelegt werden. Es liegt nun an den OSZE-Teilnehmerstaaten und der gesamten internationalen Gemeinschaft, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Folgemaßnahmen ergriffen werden, unter anderem indem von den OSZE-Instrumenten und -Mechanismen verstärkt Gebrauch gemacht wird.

Wir fordern Russland erneut auf, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt zu achten. Wir fordern, dass Russland seine militärischen Aktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen aus dem gesamten

Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Russland muss auch dringend und bedingungslos sichere Wege bereitstellen, sowohl für die Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten in andere Teile der Ukraine als auch für die Lieferung humanitärer Hilfe. Wir fordern auch den Mitaggressor Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen, indem er den russischen Streitkräften die Nutzung seines Hoheitsgebiets gestattet, und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. In diesen schweren Zeiten stehen wir an der Seite der Ukraine.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, und Liechtenstein, sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

die Türkei schließt sich der Erklärung an, die der verehrte Ständige Vertreter Rumäniens bei der OSZE, Botschafter Stelian Stoian, abgegeben hat. Ich möchte im Namen meines Landes noch Folgendes anmerken.

Wir möchten Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli für ihren Bericht über die menschenrechtlichen Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine danken.

Seit dem 24. Februar 2022 hat sich die humanitäre Lage in der Ukraine von Tag zu Tag verschlechtert. Millionen von Menschen wurden vertrieben und die Zahl der getöteten, verwundeten und leidenden Zivilistinnen und Zivilisten steigt ebenfalls von Tag zu Tag. Unzählige Videos und Fotos von den schweren Menschenrechtsverletzungen wurden auf verschiedenen Plattformen verbreitet und zeugen von den fortgesetzten Gräueltaten.

Die Menschenwürde steht und sollte immer über allen politischen oder wirtschaftlichen Interessen stehen und unter allen Umständen geschützt werden. Angriffe auf unschuldige Zivilpersonen und zivile Infrastruktur können niemals hingenommen werden.

Angesichts der erschütternden Berichte über Massentötungen, Folter, Vergewaltigung und unmenschliche Behandlung dürfen wir nicht untätig bleiben.

In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, Daten und Beweise zu sammeln, Zeugen zu finden und Informationen über die fortgesetzten Verstöße gegen die Menschenrechte zu überprüfen sowie Desinformation zu erkennen. Unsere wichtigste Zielsetzung ist es, die Verantwortlichen zu ermitteln und sie mittels einer unabhängigen Untersuchung zur Verantwortung zu ziehen.

In diesem Sinne gehört mein Land zu den 45 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben.

Der Bericht behandelt die Menschenrechtsverletzungen beider Seiten, bringt aber zum Ausdruck, dass die Verstöße der Russischen Föderation in Bezug auf Art und Ausmaß bei Weitem größer sind. Natürlich ist der Moskauer Mechanismus kein Gerichtsverfahren. Der Bericht enthält jedoch eine wertvolle Bestandsaufnahme und eine rechtliche Analyse der humanitären Lage in der Ukraine.

Um weitere humanitäre Tragödien zu vermeiden, wiederholen wir bei dieser Gelegenheit unseren Aufruf, sichere humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu öffnen und um die grundlegenden humanitären Bedürfnisse der in bestimmten Regionen wie Mariupol gestrandeten Menschen zu erfüllen.

Wir erneuern unsere Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe.

Es muss dringend und unbedingt eine politische Lösung gefunden werden. Die wertvolle Dynamik des jüngsten Treffens in Istanbul sollte erhalten bleiben. Wir unterstützen alle diplomatischen Bemühungen, die darauf abzielen, dieser humanitären Tragödie ein Ende zu setzen.

Herr Vorsitzender,

wir möchten noch einmal betonen, dass wir den fortgesetzten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine nicht hinnehmen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der Erklärung Rumäniens im Namen der 45 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, sowie der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. In nationaler Eigenschaft möchte ich dem noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Frankreich hat den Bericht von Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Der Bericht war die Folge der Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE durch 45 Ländern, darunter auch Frankreich. Diese Rekordzahl zeugt von der tiefen Besorgnis der großen Mehrheit der Teilnehmerstaaten über die Gräueltaten und Verstöße, die Russland seit Beginn seines Angriffskrieges gegen die Ukraine begangen hat. Sie ist aber auch Ausdruck unserer Bereitschaft, gemeinschaftlich die im Rahmen unserer Organisation vorgesehenen Mechanismen anzuwenden, um dafür zu sorgen, dass die von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.

Wir begrüßen den soeben vorgelegten Bericht, der das Ergebnis einer beispielhaften und unter schwierigen Bedingungen in sehr kurzer Zeit geleisteten Arbeit ist. Nach der Veröffentlichung dieses äußerst gut dokumentierten Berichts geht es nicht mehr darum, Befürchtungen oder Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen, sondern darum, konkrete Handlungen und Fakten anzuprangern und zu verurteilen, die eindeutige Beweise für Verstöße gegen das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht durch Russland liefern. Die Feststellungen, zu denen das Expertenteam in diesem Bericht kommt, sind unanfechtbar: Sie bestätigen „eindeutige Muster bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch russische Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen“, von denen einige, so die Schlussfolgerung, wahrscheinlich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen sind. In dem Bericht werden Verstöße auf beiden Seiten festgestellt, aber die Schlussfolgerung ist eindeutig: „Die Verstöße der Russischen Föderation sind in ihrem Ausmaß und ihrer Art bei Weitem größer“, während „Russland der Aggressor und daher für alle Leiden der Menschen in der Ukraine verantwortlich ist“.

Dieser Bericht weist ganz eindeutig die Verantwortung für diesen Angriffskrieg Russland zu, das mit seinen Handlangern gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die militärische Besetzung eines souveränen Landes verstößt. Das Expertenteam kommt zu einem weiteren niederschmetternden Schluss, nämlich, dass die Zahl der getöteten oder verletzten Zivilpersonen viel geringer gewesen wäre, wenn Russland und seine Handlanger ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, das Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte verbietet, eingehalten hätten.

Herr Vorsitzender,

dieser Bericht ist eine wichtige Etappe bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, gegen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte sowie deren Straflosigkeit vorzugehen. Seine Ergebnisse werden zweifellos in die laufenden Untersuchungen einfließen, deren Ziel es ist, die rechtliche und politische Verantwortung für die von den russischen Streitkräften auf ukrainischem Hoheitsgebiet begangenen Gräueltaten offiziell festzustellen.

Getreu seinen Werten wird Frankreich vor diesen Gräueltaten und Verstößen nicht die Augen verschließen. Frankreich ist nach wie vor fest entschlossen, an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, seiner internationalen Partner und der internationalen Gerichte gegen die Straflosigkeit inakzeptabler Handlungen anzugehen, die als Kriegsverbrechen, aber auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen sein können. Frankreich ist fest entschlossen, die Bemühungen der ukrainischen Behörden und der internationalen Gerichte, einschließlich des Internationalen Strafgerichtshofs, bei ihren Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine praktisch zu unterstützen.

Frankreich wird sich an den Ermittlungen beteiligen, um sicherzustellen, dass alle in Kramatorsk und Butscha vom russischen Aggressor begangenen Gräueltaten geahndet werden. Nach den Untaten in Butscha traf am Montag, den 11. April, ein technisches Team des französischen Innenministeriums in der Ukraine ein, das den ukrainischen Behörden bei der Erfassung und Sammlung von Beweismaterial behilflich sein soll. Im Einvernehmen mit den ukrainischen Behörden wird dieses Team auch bei den Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs behilflich sein können, zu denen Frankreich finanziell und durch die Entsendung von Richterinnen und Richtern und Ermittlerinnen und Ermittlern beiträgt.

In den Wochen seit Beginn seines Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Russland seine überspitzten Dementis und Desinformationsmanöver verstärkt, in der – vergeblichen – Hoffnung, das Ausmaß und den Schrecken seiner Verbrechen zu verschleiern. Der nunmehr vorliegende Bericht, der sich auf konkrete Fakten – Fakten, die zählen – stützt, leistet einen wichtigen Beitrag zur Entkräftung der niederträchtigen Propaganda, die Russland nach Kräften verbreitet, auch und gerade in diesem Gremium.

Herr Vorsitzender,

Frankreich setzt sich weiterhin uneingeschränkt für die Beendigung dieses Angriffskrieges ein, dessen menschliche Kosten und humanitären Auswirkungen täglich schwerer wiegen. Angesichts des Schreckens und der Zerstörung durch die russische Aggression, die mit der Komplizenschaft von Belarus durchgeführt wird, bekräftigt Frankreich seine Solidarität und Unterstützung für die Ukraine und das ukrainische Volk. Wir unterstützen all

jene in Russland und Belarus, die trotz der Repressionen immer wieder Wege finden, um diesen in ihrem Namen geführten Konflikt zu verurteilen und ihre Ablehnung des Krieges zum Ausdruck zu bringen. Diese Aktionen sind notwendig, um die Argumentation des Hasses zu durchbrechen, mit der Wladimir Putin die Menschen in der Ukraine, in Russland und in Weißrussland in die Irre führen will.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Schweden schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an. Schweden schließt sich ebenfalls der Erklärung vollinhaltlich an, die der Botschafter Rumäniens im Namen der 45 Teilnehmerstaaten abgegeben hat, die den Mechanismus aktiviert haben. Im Namen meines Landes möchte ich dem noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zu allererst danken wir dem Expertenteam, Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli, für ihre fachkundige, unvoreingenommene und objektive Arbeit sowie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte für seine technische Unterstützung der Mission. Wir möchten auch die unermüdlichen Anstrengungen und Beiträge der Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger würdigen.

Wie Sie alle gelesen und von der Expertin und den Experten gehört haben, bestätigt der Bericht die erschreckende und erschütternde Realität eindeutiger Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die russischen Streitkräfte. Darüber hinaus liefert er Beweise dafür, dass die Russische Föderation sogar gegen die grundlegendsten Menschenrechte und Prinzipien wie das Recht auf Leben oder das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe verstößt.

Lassen Sie mich auch wiederholen, was bereits von der Europäischen Union und anderen vor mir gesagt wurde, denn es kann nicht nachdrücklich genug betont werden: Wer Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, muss und wird zur Rechenschaft gezogen werden, ebenso wie alle Verantwortlichen in staatlichen und militärischen Führungsfunktionen. Es wird keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben.

In diesen schweren Zeiten stehen wir an der Seite der Ukraine.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GRIECHENLANDS**

Griechenland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union sowie der Erklärung Rumäniens vollinhaltlich an, die im Namen von 46 Teilnehmerstaaten abgegeben wurde. Im Namen meines Landes möchte ich noch Folgendes hinzufügen.

Griechenland hat sich in diesem ungerechtfertigten und nicht zu rechtfertigenden Krieg wiederholt und unmissverständlich an die Seite der Ukraine gestellt.

Der Schutz aller Zivilpersonen hat nach dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten oberste Priorität.

Wir verurteilen auf das Schärfste alle schrecklichen Verbrechen gegen unschuldige, unbewaffnete Zivilistinnen und Zivilisten in vielen ukrainischen Städten wie Butscha, Kramatorsk und Mariupol.

Wir fordern, dass diese Verbrechen vollständig und gründlich untersucht und dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Ein Thema, das uns besonders am Herzen liegt, ist der Schutz der alteingesessenen griechischen Gemeinde in der Ukraine, die mehr als 100 000 Menschen zählt und vor allem im Süden des Landes in den Gebieten von Mariupol und Odessa zu finden ist.

Wir haben wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, den Leidtragenden humanitäre Hilfe zukommen zu lassen und humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu schaffen.

In diesem Zusammenhang hat der griechische Außenminister Nikos Dendias vor kurzem Odessa besucht und humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung, einschließlich der griechischen Diaspora, mitgebracht.

Minister Dendias hatte ursprünglich angekündigt, er wolle persönlich eine humanitäre Mission nach Mariupol leiten, die mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz koordiniert werden sollte. Aufgrund der Sicherheitslage vor Ort konnte dieser Plan jedoch

nicht umgesetzt werden. Es ist zu hoffen, dass diese humanitäre Mission bald stattfinden wird, wenn die Bedingungen vor Ort eine sichere Durchreise ermöglichen.

Gestatten Sie mir, dem OSZE-Sekretariat und der Generalsekretärin Helga Schmid persönlich noch einmal den Dank meines Landes dafür auszusprechen, dass sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des griechischen Generalkonsulats in den Räumlichkeiten der Sonderbeobachtermission in der Ukraine in Mariupol Zuflucht gewährt und ihre sichere Evakuierung ermöglicht haben.

Abschließend möchten wir die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass das heutige Treffen den Prozess der vollständigen Untersuchung der an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen anstoßen wird.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

die litauische Delegation schließt sich der gemeinsamen Erklärung im Namen der Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus aktiviert haben, und auch der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an. Ich möchte im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Gestatten Sie mir, dass ich wie die anderen vor mir Wolfgang Benedek, Veronika Bílková und Marco Sassòli für ihre professionelle und engagierte Arbeit bei der Erstellung des umfangreichen Berichts im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE danke, der unter großem Zeitdruck und unter schwierigen Umständen erstellt wurde.

Die Ergebnisse des heute vorgelegten Berichts weisen eindeutige Muster bei den Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht nach, die von den russischen Streitkräften bei der Durchführung der Kampfhandlungen begangen wurden. Die Mission hat auch glaubwürdige Beweise dafür gefunden, dass Verstöße gegen die grundlegendsten Menschenrechte begangen wurden, vorwiegend in den Gebieten, die effektiv von Russland kontrolliert werden oder den Verwaltungseinheiten, die unter der Gesamtkontrolle Russlands stehen. Gewalttaten wie die gezielte Tötung, das zwangsweise Verschwindenlassen oder die Entführung von Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten und lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger, dürften in Summe als ausgedehnte oder systematische Angriffe auf die Zivilbevölkerung eingestuft werden. Wie soeben berichtet, stellt jede einzelne Gewalttat dieser Art, die im Rahmen eines militärischen Angriffs gegen die Ukraine in Kenntnis des Angriffs begangen wurde, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Dieser Bericht bestätigt eindeutig, dass Russlands unprovokierte militärische Invasion gegen die Ukraine Leiden und Zerstörung mit sich gebracht hat, wie es sie in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat.

Wir sind entschlossen, Russland für den ungerechtfertigten und unprovokierten Krieg und alle begangenen Gräueltaten zur Rechenschaft zu ziehen. Das haben wir von Anfang an betont: Niemand, der für die Aggression und für die in der Ukraine begangenen Gräueltaten verantwortlich ist, kann sich der Verantwortung, auch nicht der persönlichen Verantwortung,

entziehen. Diejenigen, die verbrecherische Befehle zur Begehung dieser Verbrechen erteilen, diejenigen, die diese Befehle ausführen, diejenigen, die diese Kriegsverbrechen zu leugnen oder zu beschönigen versuchen – sie alle sollten als Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.

Als Reaktion auf den von Russland gegen die Ukraine begangenen Akt der Aggression ergreift Litauen, wie viele andere Staaten an diesem Tisch, rechtliche Maßnahmen, um sicherzustellen, dass es keine Straffreiheit gibt.

Litauen war der erste Staat, der als Vertragsstaat dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Russland und Belarus unterbreitet hat. Viele andere Länder taten dasselbe, und die Ermittlungen des IStGH laufen nun und werden von uns unterstützt. Es ist von größter Dringlichkeit, Beweise zu sammeln und zu sichern, insbesondere nach den Gräueltaten, die von den russischen Streitkräften in Butscha und anderen Städten der Ukraine begangen wurden. Wir sollten alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Verantwortlichkeiten sicherzustellen. Da es bereits viele Mechanismen zur Beweissicherung gibt, ist es sehr wichtig, dass sie alle die Ermittlungen des Anklägers auf koordinierte Weise unterstützen.

Auf Initiative Litauens wurde am 25. März bei Eurojust, der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, eine gemeinsame Ermittlungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, Polens und Litauens gebildet. Andere Staaten, die nationale Ermittlungen zu diesen Kriegsverbrechen eingeleitet haben, könnten in Erwägung ziehen, sich dieser Gruppe anzuschließen.

Auf nationaler Ebene veranlasste die Generalstaatsanwaltschaft Litauens eine strafrechtliche Untersuchung nach dem litauischen Strafgesetzbuch auf der Grundlage der universellen Zuständigkeit in Bezug auf das Verbrechen der Aggression, das von den Regimen in Russland und Belarus gegen die Ukraine begangen wurde, sowie in Bezug auf die von ihnen in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Kürzlich hat die litauische Generalstaatsanwaltschaft zusammen mit der litauischen Polizei eine eigene Website (<https://report.epolicija.lt/>) eingerichtet, auf der jeder, der über Informationen zu diesen Verbrechen verfügt, diese übermitteln kann.

Weder für Russland noch für Belarus wird es für die von ihnen begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Straffreiheit geben. Sie werden für ihre brutalen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION IRLANDS**

Irland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, der ich in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzufügen möchte.

Irland begrüßt den Bericht der Expertenmission, die im Rahmen des Moskauer Mechanismus eingerichtet wurde. Wir bedauern zutiefst, dass eine solche Mission notwendig war, und sprechen den Experten (Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli) unsere Anerkennung für ihren Bericht aus, den wir eingehend prüfen werden.

Wir alle haben die Bilder dieses Krieges auf unseren Bildschirmen gesehen, dieser Bericht bringt die furchtbare Realität dieser Gräueltaten zu Papier. Die Ergebnisse des Berichts werden durch neue Schrecken und anhaltende Menschenrechtsverletzungen, von denen wir täglich erfahren, noch verstärkt.

Herr Vorsitzender,

die Schlussfolgerungen des Berichts sind eine bedrückende Lektüre, insbesondere in Bezug auf die Opfer unter der Zivilbevölkerung und das humanitäre Völkerrecht.

Das Fazit, dass die Mission „glaubwürdige Beweise ergeben hat, die darauf hindeuten, dass Verstöße begangen wurden, die sogar die grundlegendsten Menschenrechte (Recht auf Leben, Verbot von Folter und anderer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe) betreffen“, ist eine der aussagekräftigsten überhaupt.

Es kann keine Straffreiheit für diejenigen geben, die ihre Angriffe gegen Zivilistinnen und Zivilisten richten. Es kann keine Straffreiheit für diejenigen geben, die gezielt Krankenhäuser, Schutzräume und andere Orte bombardieren, in denen die Menschen zweifellos am verwundbarsten und Angriffen schutzlos ausgeliefert sind. Es kann keine Straffreiheit für diejenigen geben, die Zivilistinnen und Zivilisten bombardieren, die vor einem Bahnhof darauf warten, aus der Stadt wegzukommen.

Für solche Taten wird es keine Straffreiheit geben: Die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Wie die Expertenmission einräumt, werden weitere Untersuchungen notwendig sein. Die Schrecken dieses Krieges zu dokumentieren, wird wichtig für die weiteren Schritte sein, und dieser Bericht wird sich unserer Meinung nach als unschätzbare Hilfe für diejenigen erweisen, die an anderen Rechenschaftsmechanismen mitwirken. Die Bedeutung dieser Arbeit kann gar nicht hoch genug angesetzt werden.

Wir zollen der Ukraine Anerkennung für ihr Verhalten in Bezug auf diesen Bericht und fordern die Russische Föderation auf, sich mit den Ergebnissen vertraut zu machen.

Herr Vorsitzender,

ich wiederhole, dass Irland das Vorgehen Russlands auf das Schärfste verurteilt. Wir fordern Russland auf, seine Militäraktionen sofort und bedingungslos einzustellen, alle seine Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine abzuziehen und in gutem Glauben einen Dialog und diplomatische Schritte in Richtung Frieden aufzunehmen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ITALIENS**

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union und der Erklärung Rumäniens im Namen der Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, vollinhaltlich an; ich möchte dem in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Erst vor einer Woche haben wir auf einer anderen Sondersitzung des Ständigen Rates unser Entsetzen angesichts der Verbrechen zum Ausdruck gebracht, die in Butscha und anderen von der ukrainischen Armee befreiten Gebieten begangen wurden, und haben diese verurteilt. In der Zwischenzeit sind leider weitere Schrecken ans Licht gekommen und weitere Gräueltaten entdeckt worden.

Wir fordern Russland erneut mit Nachdruck auf, diesen ungerechtfertigten und nicht zu rechtfertigenden Krieg unverzüglich zu beenden, der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ein Ende zu machen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen.

Italien hat von Anfang an internationale Initiativen zur Feststellung und Bestrafung der Verantwortlichen für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte nachdrücklich unterstützt. Wir gehörten zu den 45 Teilnehmerstaaten in der OSZE, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben. Wir danken der Expertenmission, die sich mit Hochdruck der Erstellung des heute vorgelegten Berichts gewidmet hat. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Feststellung der Verantwortlichkeiten und zur Bestrafung der Verantwortlichen für die abscheulichen Verbrechen, die in der Ukraine begangen wurden. Wie bereits angekündigt, wird sich Italien für entsprechende Konsequenzen einsetzen.

Wir bedauern sehr, dass Russland nicht mit der Expertenmission zusammengearbeitet hat, und bekräftigen nachdrücklich, dass Russland für die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zur Verantwortung gezogen werden wird.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung als Anhang beizufügen.
Danke.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich auf die organisatorischen Modalitäten der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates eingehen.

Wir sind verärgert über den künstlichen Zeitdruck, den der polnische Vorsitz in Bezug auf die Erörterung des im Rahmen des Moskauer Mechanismus erstellten Berichts erzeugt hat. Wir sind sicher, dass die knappe Frist für die Einberufung der Sitzung es nicht allen Delegationen, einschließlich unserer eigenen, ermöglicht hat, dieses lange Dokument, das erst gestern Nachmittag vorgelegt wurde, gründlich zu analysieren – und dies, obwohl sich der Bericht zum größten Teil auf Russland bezieht.

Es hat den Anschein, als sei eine ernsthafte Diskussion des Werkes gar nicht vorgesehen gewesen. Es dient im Wesentlichen nur dem politischen Ziel, Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Doch die Vertreter der Ukraine und ihre ausländischen Stichwortgeber waren sicherlich bereits am 5. April im Besitz des Wortlauts des Dokuments und konnten es in aller Ruhe studieren. Angesichts dieser Umstände hält das unredliche Verhalten des Vorsitzes, der diese Sondersitzung in aller Eile und unter Verstoß gegen die festgelegten Verfahren anberaumte (nach den Regeln sollte es sich um eine „reguläre“ Sitzung handeln), keiner Überprüfung stand und macht seiner vorgeblichen Rolle als „ehrlicher Makler“ alles andere als Ehre. Es stellen sich auch Fragen zur „technischen“ Abwicklung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, aber das ist ein Thema für eine eigene Diskussion.

Nun zum Moskauer Mechanismus selbst. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass sich dieses Instrument schon lange überlebt hat. Sein wiederholter und höchst selektiver Einsatz in den letzten Jahren hat bestätigt, dass er eher dazu dient, politischen Druck auf einzelne OSZE-Staaten auszuüben, als objektive und unvoreingenommene Analysen durchzuführen.

Die zynische Berufung des berühmt-berüchtigten Professors Wolfgang Benedek in die Expertenmission, der einst im Rahmen des Mechanismus Berichte über Russland und

Belarus mit schwerer politischer Schlagseite vorgelegt hat, untermauert diese Schlussfolgerung ebenfalls. Warum also eine Liste von mehr als 60 Expertinnen und Experten führen, wenn es Herrn Benedek gibt – den „Allrounder“? Und wie „objektiv“ kann eine Expertin aus der Tschechischen Republik sein, einem Land, das das Regime in Kyjiw offen unterstützt und mit Waffen beliefert? Ganz zu schweigen von dem Vertreter der Schweiz, einem Staat, der sich schon lange nicht mehr an seinen formalen neutralen Status hält. Wir haben also heute von vornherein keine objektiven und ausgewogenen Einschätzungen erwartet. Wir waren von dem, was wir gesehen haben, überhaupt nicht überrascht – das Ausmaß an Unprofessionalität und Voreingenommenheit der so genannten Expertenmission ist einfach unfassbar.

Der unverhohlenen voreingenommene Bericht ist ein Versuch, die Schuld für die Verbrechen, die die ukrainischen Behörden acht Jahre lang an der Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk begangen haben, von den ukrainischen bewaffneten Formationen auf Russland abzuwälzen. Der Bericht stützt sich ausschließlich auf die haltlose Propaganda, die wir im Ständigen Rat über Jahre hinweg von der Ukraine und westlichen Ländern gehört haben und die wir überzeugend widerlegt haben. Das Dokument beruft sich auf dubiose Quellen, wie obskure Medien und Internet-Blogger und strotzt nur so von Formulierungen wie „mit großer Wahrscheinlichkeit“, ungesicherten Angaben, einseitigen Interpretationen und einer nicht konsensfähigen Wortwahl. Alternative Sichtweisen zu vielen der im Bericht angesprochenen Themen werden ohne Erklärung abgetan. Auf diese Weise reden sich die Autoren schon auf den ersten Seiten ein, über „zuverlässige Informationen“ zu verfügen. Zweifellos ist es das Ziel, diese zweifelhaften Geschichten zu einem späteren Zeitpunkt zu wiederholen, diesmal aber als „OSZE-Daten“ auszugeben. Lassen Sie sich gesagt sein: Wir werden das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Dieser „Bericht“ kann nicht als glaubwürdige Informationsquelle herangezogen werden.

Ganz zu schweigen von den Versuchen, die realen Gegebenheiten zu ignorieren und den Lesern die ukrainische Sicht der eigentlichen Ursachen der Krise in der Ukraine zu „verkaufen“, indem man wie ein Mantra immer wieder von der so genannten „Besetzung der Krim und der Regionen Donezk und Luhansk durch Russland von 2014 bis 2022“ spricht.

Dabei werden unter anderem die Verbrechen des Kyjiwer Regimes in den Gebieten der Volksrepubliken Donezk und Luhansk von den Mächtigen-Analytikern so gut wie ganz verschwiegen, wenn nicht gar vertuscht. Tatsächlich hat sich das Autorenteam des Berichts – Wolfgang Benedek, Veronika Bílková und Marco Sassòli – von den Zielen und Zielsetzungen des Moskauer Mechanismus entfernt, die hinter dessen Einführung im Jahr 1991 standen. Mit ihrer „Arbeit“ haben sie die Bemühungen und konstruktiven Absichten unserer Vorgänger in der OSZE entwertet und die opportunistischen politischen Anweisungen ihrer Auftraggeber stümperhaft erfüllt.

In Anbetracht des Gesagten besitzen der Moskauer Mechanismus und die Schlussfolgerungen dieses Berichts für die Russische Föderation sowohl rechtlich als auch politisch keinerlei Gültigkeit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte kurz vom Recht auf Erwiderung Gebrauch machen. Wir haben heute viele merkwürdige, absurde und alles andere als diplomatische Kommentare und Anschuldigungen gehört, die wir, offen gesagt, für unter unserer Würde halten, und zu denen wir uns daher nicht äußern.

Auf eine der Aussagen möchte ich dennoch eingehen. Es handelt sich um die Erklärung der verehrten Vertreterin der Europäischen Union, die, wenn ich mich recht erinnere, in ihrer Antwort wörtlich Folgendes sagte – bitte verzeihen Sie mir, wenn das Zitat nicht hundertprozentig korrekt ist, aber sinngemäß sagte sie: „Wir fordern Russland auf, sich an allen unabhängigen Ermittlungen zu den Verbrechen, für die Russland verantwortlich ist, zu beteiligen und sie zu erleichtern.“

Diesbezüglich verweise ich auf die eigentliche Quelle – das Dokument, mit dem der Moskauer Mechanismus eingerichtet wurde, nämlich das Moskauer Dokument von 1991. Darin heißt es in Absatz 6: „Der einladende Staat wird mit der Expertenmission in vollem Umfang zusammenarbeiten und deren Arbeit erleichtern.“

Nun ist es aber so, dass wir niemanden irgendwohin eingeladen haben. Dies ist ein prinzipieller Punkt, der die Argumentation all jener ad absurdum führt, die Russland vorwerfen, nicht mit den Verfassern des Dokuments zusammenzuarbeiten, über das der Ständige Rat heute berät.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

Island schließt sich der Erklärung Rumäniens und auch derjenigen der Europäischen Union an.

Erlauben Sie mir, einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Island gehört zu den 45 OSZE-Staaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, um sich mit den menschenrechtlichen Auswirkungen der von Belarus unterstützten Invasion der Ukraine und der Kriegshandlungen der Russischen Föderation auf die Bevölkerung der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer der Ukraine zu befassen.

Die Aktivierung des Moskauer Mechanismus war ein notwendiger Schritt. Wir haben heute den Bericht unseres Expertenteams über die Verstöße gegen internationale Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine nach der Invasion gehört.

Ich danke Ihnen allen, Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli, für Ihren unermüdlichen Arbeitseinsatz bei der Erstellung dieses Berichts in so kurzer Frist. Ich möchte auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte dafür danken, die Arbeit der Mission erleichtert zu haben.

Herr Vorsitzender,

die Mission zur Ermittlung der Fakten hat bestätigt, was wir befürchtet und von der Zivilbevölkerung und den Medien gehört hatten. Die Verstöße gegen die Menschenrechte wurden bestätigt; in diesem von Russland willkürlich vom Zaun gebrochenen und von Belarus unterstützten Krieg waren eindeutig Zivilpersonen vielfach das Ziel von Angriffen. Das Wort „entsetzlich“ reicht nicht aus, um die zahlreichen Vorfälle zu beschreiben, die heute hier angeführt wurden.

Wir alle hatten gehofft, dass Europa kraft unserer gemeinsamen Verpflichtungen und der Achtung des Völkerrechts nie wieder solche Gräueltaten erleben würde. Frauen, Kinder und

ältere Menschen waren gezwungen, in ihrer Verzweiflung aus ihren Heimstätten zu fliehen. Andere hatten nicht so viel Glück – zu viele mussten ihr Leben lassen oder sind in belagerten Städten eingeschlossen, ohne Möglichkeit zu entkommen. Väter sind in der Ukraine zurückgeblieben, um ihr Land gegen einen Aggressor zu verteidigen, der keinerlei Prinzipien hat, keine Verpflichtungen einhält und keine Achtung vor dem menschlichen Leben kennt.

Wir können Russland nur erneut auffordern, die Gräueltaten zu beenden, seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen und seinen Verpflichtungen und Zusagen nachzukommen.

Herr Vorsitzender,

die Ergebnisse dieses Berichts müssen ernst genommen und genutzt werden, um Verantwortlichkeiten sicherzustellen. Dies wiederum erfordert umgehend weitere Schritte im Rahmen der OSZE unter weiterer Nutzung ihrer Instrumente und Mechanismen in der menschlichen Dimension.

Danke. Herr Vorsitzender, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Dänemark schließt sich der Erklärung der Europäischen Union und der gemeinsamen Erklärung, die Rumänien im Namen von 46 OSZE-Teilnehmerstaaten abgegeben hat, voll und ganz an. Erlauben Sie mir jedoch, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Dänemark erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk. Wir verurteilen den unerhörten Akt der Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Wir möchten Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für ihren gewissenhaften und unvoreingenommene Bericht und für ihre heutigen Darlegungen im Ständigen Rat danken.

Leider bestätigt der Bericht unsere Befürchtungen und Erwartungen, dass die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen in der Ukraine nach einem eindeutigen Muster gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen und dass dabei selbst die elementarsten Menschenrechte verletzt werden.

Diese Taten dürfen nicht straflos bleiben. Der Bericht ist ein wichtiger erster Schritt in Richtung Verantwortlichkeit für die in der Ukraine begangenen Taten. Bis dahin könnte noch ein langer Weg vor uns liegen. Aber Kriegsverbrechen dürfen nicht ungeahndet bleiben

Wir fordern Russland auf, die Kampfhandlungen unverzüglich und bedingungslos einzustellen, alle seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen und die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt zu achten.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BULGARIENS**

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Bulgarien schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union und der gemeinsamen Erklärung der 46 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben und zu denen auch Bulgarien gehört, vollinhaltlich an.

Als Vertreter meines Landes möchte ich dem noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir danken dem polnischen Vorsitz, diese Sondersitzung des Ständigen Rates anlässlich der Vorlage des Berichts der Mission zur Feststellung der Tatsachen einberufen zu haben, die nach der Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE am 3. März 2022 durch die Ukraine – unterstützt von 45 Teilnehmerstaaten – eingerichtet wurde.

Wir wissen die Arbeit des herausragenden Expertenteams der Mission, Professor Wolfgang Benedek, Professorin Veronika Bílková und Professor Marco Sassòli, sehr zu schätzen, das auf der Grundlage einer Vielzahl von Quellen die relevanten Informationen und Fakten zusammengetragen und bewertet hat. Es ist von entscheidender Bedeutung, ein klareres Bild von der Lage vor Ort im Hinblick auf die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu gewinnen, die in der Ukraine seit dem Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 begangen wurden. Wir begrüßen den Bericht als ein wertvolles Instrument, das eine unvoreingenommene, objektive und unparteiische Grundlage für den weiteren Dialog und weitere Maßnahmen bietet.

Wir verurteilen aufs Schärfste die massiven Gräueltaten, die Berichten zufolge von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden, insbesondere angesichts ihrer unverhältnismäßig schwerwiegenden Auswirkungen auf die Angehörigen besonders schutzbedürftiger Gruppen, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen. Wie viele andere Teilnehmerstaaten sind wir erschüttert und entsetzt über die schrecklichen Gewalttaten gegen Zivilpersonen in Mariupol, Butscha, Kramatorsk, Irpin und vielen anderen Orten in der Ukraine. Die Verantwortlichen für diese Verbrechen müssen sich der internationalen Gerichtsbarkeit stellen und zur Verantwortung gezogen werden.

Wir fordern die Russische Föderation auf, ihre Aggression gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden, ihre Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer zu achten.

Herr Vorsitzender, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SLOWAKEI**

Herr Vorsitzender,

die Slowakei schließt sich voll und ganz der Erklärung an, die die Europäische Union bereits abgegeben hat. Erlauben Sie mir, in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Wir möchten Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für ihre unparteiische, unabhängige und umfangreiche Arbeit danken, die sie in der sehr kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung stand, geleistet haben.

Wir danken auch der Ukraine, dass sie dieses wichtige Unterfangen ermöglicht hat.

Obwohl das Expertenteam auf beiden Seiten Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen festgestellt hat, sind die von der Russischen Föderation begangenen Verstöße eindeutig schwerwiegender und in Art und Ausmaß größer. Die Mission stellte auch eindeutige Muster bei den Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen fest.

Herr Vorsitzender,

die schrecklichsten Bilder, Videos und Zeugenaussagen aus Butscha, Irpin, Hostomel und anderen Orten haben uns erst nach Ablauf der offiziellen Frist für die Fertigstellung des Berichts erreicht.

Es ist skandalös und widerwärtig, dass Russland Lügen und Desinformationen über diese Gräueltaten verbreitet, nicht nur über soziale Medien, sondern auch über offizielle Kanäle.

Die Slowakei unterstützt alle Maßnahmen, die dafür sorgen sollen, dass Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht der Verantwortlichkeit unterliegen. Die von den russischen Streitkräften begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen und werden aufgearbeitet werden, und die

Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden. Es gibt keine Straffreiheit für derart grausame Verbrechen.

Lassen Sie mich abschließend die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová zitieren:
„Ein Aggressor ist ein Aggressor, auch wenn er dem Opfer die Schuld gibt.“

Danke.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung als Anhang beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die EU und Rumänien haben bereits auch in unserem Namen ihre Unterstützung für die Arbeit der Kommission erklärt, die im Rahmen des Moskauer Mechanismus entstanden ist. Die Professoren Benedek, Bílková und Sassòli haben binnen kürzester Zeit und unter schwierigen Bedingungen einen umfangreichen Bericht über Verletzungen des humanitären Völkerrechts, Hinweise auf Verletzungen der Menschenrechte, auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgelegt. Dafür möchte ich ihnen im Namen der Bundesregierung, die den Moskauer Mechanismus mit initiiert hat, ausdrücklich danken.

Danken möchte ich auch allen Ukrainerinnen und Ukrainern, die durch Schilderungen ihrer schrecklichen Erlebnisse in diesem Krieg zu dem Bericht beitragen haben. Unser Dank gilt schließlich den Nichtregierungsorganisationen, die Beweise sichern und sie für diesen Bericht zur Verfügung gestellt haben.

Herr Vorsitzender,

dank dieser Arbeit liegt uns nun ein detaillierter, ausgewogener und zugleich beklemmender Bericht vor. Der Bericht dokumentiert massive Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte durch die Streitkräfte der Russischen Föderation. Der Bericht belegt die Verletzungen dort, wo sie bereits aufgrund der verfügbaren Beweise offenkundig sind, zum Beispiel die Angriffe auf die Kinderklinik und das Theater in Mariupol. Viele Opfer – Kinder, Frauen, ältere Menschen unter anderem – stammen aus besonders vulnerablen Gruppen der ukrainischen Bevölkerung.

Der Bericht spricht von eindeutigen Mustern bei den Rechtsverletzungen. Einige der besonders schändlichen russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung konnten im Bericht nur angerissen werden – so wie die in Butscha – oder noch nicht dokumentiert werden – wie der in Kramatorsk. Der Beobachtungszeitraum des Moskauer Mechanismus mag zeitlich befristet sein. Unsere Aufmerksamkeit ist es nicht. Gerechtigkeit ist nicht befristet. Mord verjährt nicht.

Der Bericht schildert die Situationen, die weiterer Aufklärung bedürfen, die aber schon nach jetziger Beweislage suggerieren, dass die Russische Föderation ihre Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht beachtet hat. Eine derart hohe Zahl ziviler Opfer sei nicht vorstellbar, wenn die Russische Föderation ihre Verpflichtungen eingehalten hätte, halten die Autoren fest.

Die Experten legen dar, wo weitere Aufklärung nötig ist. Die Bundesregierung wird zusammen mit der Ukraine und unseren internationalen Partnern alles daransetzen, dass die Verbrechen schonungslos aufgeklärt und die Täter identifiziert werden, damit sie vor nationalen und internationalen Gerichten zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden auch ODIHR in seinen Bemühungen der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen weiter unterstützen.

Der Moskauer Mechanismus ist ein Instrument, das eine unvoreingenommene und sachliche Grundlage für den weiteren Dialog und weitere Maßnahmen bietet. Der Moskauer Mechanismus wurde von allen Teilnehmerstaaten im Konsens und in gutem Glauben geschaffen, um unsere gemeinsamen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension zu erfüllen. Die Professoren Benedek, Bílková und Sassòli wurden aus einer Liste herausragender Experten ausgewählt und mit der Erstellung eines unabhängigen Berichts betraut.

Die Experten wurden beauftragt, „Verstöße und Missbräuche gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht festzustellen“. Sie haben die Kampfhandlungen der Russischen Föderation und der Ukraine analysiert. Der ausgewogene Bericht zeigt Defizite beider Seiten auf, kommt aber zu einem klaren Schluss. Ich zitiere: „Die von der Russischen Föderation begangenen Verstöße sind jedoch in ihrem Ausmaß und ihrer Art bei Weitem größer.“

Anders als die Russische Föderation hat die Ukraine die Fragen der Experten beantwortet. Nach der Beantwortung der Fragen der Experten hat die ukrainische Regierung offenbar weitere Schritte zur Umsetzung des humanitären Völkerrechts unternommen, zum Beispiel in Bezug auf die Behandlung von Kriegsgefangenen. Dieser Wille, Defizite abzustellen, scheint mir vorbildlich. Leider ist eine derartige Selbstprüfung auf der russischen Seite nicht erkennbar.

Herr Vorsitzender,

Kriege sind so zu führen, dass das humanitäre Völkerrecht eingehalten und internationale Menschenrechte geschützt bleiben. Dieser Krieg aber sollte von russischer Seite von vornherein erst gar nicht geführt werden. Er ist und bleibt völkerrechtswidrig. Er ist und bleibt ein Angriffskrieg, der von russischer Seite brutal und menschenverachtend geführt wird. Der Krieg muss aufhören – und zwar sofort.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

Kanada unterstützt voll und ganz die gemeinsame Erklärung, die Rumänien im Namen der 45 Staaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, sowie im Namen der Ukraine abgegeben hat.

Ich möchte dem Expertenteam unseren tief empfundenen Dank für die sorgfältige Arbeit aussprechen, die es in so kurzer Zeit geleistet hat, um diesen ausführlichen Bericht zu erstellen. Es war ein wichtiges Anliegen der Staaten, die den Mechanismus in Gang gesetzt haben, und wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie bereit waren, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Arbeit, die Professor Benedek, Professor Sassòli und Professorin Bílková im Rahmen dieser Mission geleistet haben, ist von unschätzbarem Wert und ein wesentlicher Schritt, um Russland für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Herr Vorsitzender,

am 24. Februar startete Präsident Putin seine so genannte „militärische Spezialoperation“ unter dem Vorwand, die Menschen in der Ukraine, insbesondere die russischsprachige Bevölkerung, zu schützen. Die russische Delegation hat immer wieder versucht, dieses Narrativ hier zu propagieren, das in krassstem Widerspruch zu dem stand, was wir alle sahen, und zu dem, was wir aus den Berichten vor Ort erfuhren. Woche für Woche haben wir uns die von Russland provokant formulierten Themen zum Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ und seine absurden Behauptungen über angebliche Verbrechen der Ukraine gegen ihre eigene Bevölkerung, einschließlich der russischsprachigen, angehört. Heute liefert der Bericht der Mission den Beweis, dass die Darstellung Russlands und seine Behauptungen nachweislich unwahr sind.

Es muss auch besonders betont werden, dass dieser Bericht unermessliches Leid schildert; Leben wurden zerstört und ausgelöscht. Viele sind zu jung, um zu verstehen, warum das alles geschieht, und niemand sollte jemals in seinem Leben derartige Gräueltaten erleben müssen. Es sollte klipp und klar gesagt werden, dass diese jüngsten Verstöße gegen das Völkerrecht, die dieses unermessliche menschliche Leid verursacht haben und im Bericht der Mission beschrieben werden, von Wladimir Putin ausgehen.

Herr Vorsitzender,

die Mission hat eindeutige Muster bei den Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte festgestellt, die zu einer beträchtlichen Zahl von Todesopfern und Verletzten unter der Zivilbevölkerung geführt haben. Der Bericht beschreibt ausführlich, dass

1. die russischen Streitkräfte bei ihren Angriffen unverhältnismäßig und unterschiedslos Gewalt anwenden;
2. die russischen Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten unterschiedslos Mittel wie Streumunition, ungelenkte Bomben und Flugkörper sowie schwere Artillerie eingesetzt haben;
3. die russischen Streitkräfte Zivilpersonen und zivile Objekte wie Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Wohngebäude, Wasserwerke und Elektrizitätswerke angegriffen haben, allesamt kritische Infrastruktur, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich ist;
4. der russische Angriff auf die Geburts- und Kinderklinik von Mariupol einen eindeutigen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt, und dass die dafür Verantwortlichen damit ein Kriegsverbrechen begangen haben;
5. der russische Angriff auf das Theater von Mariupol, in dem Zivilpersonen Zuflucht gesucht hatten und das eindeutig als Schutzraum für Kinder gekennzeichnet war, höchstwahrscheinlich einen ungeheuerlichen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt, und dass diejenigen, die ihn befohlen oder ausgeführt haben, ein Kriegsverbrechen begangen haben.

Russland, der selbsternannte Beschützer der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine, hat das Leben eben dieser russischsprachigen Bevölkerung vernichtet und zerstört. Die Mission fand glaubwürdige Beweise dafür, dass Russland, ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, gegen die Menschenrechte, auch das Recht auf Leben, verstoßen hat.

Dies ist jedoch erst der Anfang der Feststellung des wahren Ausmaßes der Verbrechen Russlands in der Ukraine. Die schrecklichen Ereignisse in Butscha ereigneten sich erst nach dem offiziellen Abschluss dieser Untersuchung, aber wie es in dem Bericht heißt, „wären derartige Tötungen, sollten sie sich bestätigen, ungeheuerliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Kriegsverbrechen“. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die Muster der Gewalttaten der russischen Streitkräfte wahrscheinlich die Kriterien für ausgedehnte oder systematische Angriffe auf die Zivilbevölkerung erfüllen, was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen würden.

Was braucht es noch, um die Gräueltaten zu beschreiben, die von den russischen Streitkräften seit dem 24. Februar verübt wurden, als Präsident Putin seinen rechtswidrigen und ungerechtfertigten Krieg gegen die Ukraine begann. Wir alle haben diese Gräueltaten gesehen.

Jetzt verfügen wir auch über die Dokumentation, die die Beweise zu dem liefert, was wir gesehen haben. Die russische Führung und ihre Streitkräfte müssen sowohl rechtlich als auch politisch zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Bericht ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Herr Vorsitzender,

wir sind uns dessen bewusst, dass der Bericht auch Probleme auf ukrainischer Seite aufzeigt – wenngleich er feststellt, dass die von Russland begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht in Art, Umfang und Anzahl weitaus größer sind. Unter anderem haben einige ukrainische Streitkräfte Kriegsgefangene in einer Weise behandelt, die mit den Genfer Konventionen unvereinbar ist. Alle mutmaßlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht müssen untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir sind davon angetan, wie die Ukraine auf den Bericht reagiert und bereits Schritte unternommen hat, um die von der Mission festgestellten Probleme anzugehen.

Angesichts der existenziellen Bedrohung durch die von Präsident Putin angezettelte Invasion und der Brutalität der unverhältnismäßigen und unterschiedslosen russischen Taktik haben Ukrainerinnen und Ukrainer aller Gesellschaftsschichten, unabhängig davon, ob sie Ukrainisch oder Russisch sprechen, Seite an Seite Widerstand gegen die Invasoren von Präsident Putin geleistet und sich gegenseitig in diesen schweren Zeiten unterstützt. Wie in dem Bericht festgestellt wird, hat die Ukraine erhebliche Anstrengungen unternommen, um Stätten des kulturellen Erbes, auch des russischen, zu schützen und zu bewahren. Diese Stätten wurden von russischen Streitkräften angegriffen, was ebenfalls nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

Um es klar zu sagen: Russland ist der Aggressor in diesem Konflikt. Wir fordern Russland auf, es der Ukraine gleichzutun und Maßnahmen zu ergreifen, um die von der Mission aufgezeigten Probleme zu lösen.

Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer bedingungslosen Waffenruhe und dem unverzüglichen Abzug aller russischen Truppen aus dem souveränen Hoheitsgebiet der Ukraine.

Wir stehen an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, ich danke dem Expertenteam, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Zusätzlich möchte ich einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen.

Die Invasion der Ukraine im Februar dieses Jahres ist eine ungerechtfertigte Kriegshandlung und daher nicht durch das Völkerrecht legitimiert. Es handelt sich um eine Verletzung der Souveränität eines Staates und darüber hinaus um andere schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, das gemäß den Haager Konventionen von 1899 und 1907 sowie der Genfer Konvention von 1949 und ihrem Zusatzprotokoll von 1977, das den Schutz der Zivilbevölkerung auf medizinisches, militärisches und ziviles Personal in allen bewaffneten Konflikten ausdehnt, jederzeit und unter allen Umständen verbindlich ist.

Daher hat Spanien die Aktivierung des Moskauer Mechanismus unterstützt.

Das Vorgehen der Russischen Föderation steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der OSZE und ist in keiner Weise durch eine gerechte Sache oder rechtmäßige Umstände gerechtfertigt, da Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen die Anwendung von Gewalt verbietet. Die Staaten, die sich an die Charta halten, sind nicht nur verpflichtet, den Frieden zu wahren, sondern auch die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Mitgliedstaaten zu achten, was die Verpflichtung begründet, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Spanien unterstützt die Initiativen, die Verantwortlichen für diese Aktion vor ein internationales Gericht zu stellen, und fordert die Russische Föderation auf, dieser Aggression unverzüglich Einhalt zu gebieten.

Herr Vorsitzender, ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen lassen wollten.

Danke.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS**

Herr Vorsitzender,

Belgien schließt sich der gemeinsamen Erklärung und der Erklärung der Europäischen Union an und möchte sich in Anbetracht der Bedeutung des Anlasses kurz in nationaler Eigenschaft äußern.

Da der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine andauert, ist es unerlässlich, die schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie die schweren Fälle von Verletzungen und Missachtung der internationalen Menschenrechtsnormen zu dokumentieren. Wir möchten Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für ihre hervorragende Arbeit und für ihre Einschätzung danken, die sie unter äußerst schwierigen Umständen erstellt haben.

Der Bericht hat eindeutige Muster systematischer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die russischen Streitkräfte aufgezeigt. Die Verantwortlichen für diese Verstöße müssen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Wir werden die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Berichts eingehend prüfen. Der Bericht wird als Grundlage für detailliertere Untersuchungen anderer Gremien dienen, die mit der Feststellung der individuellen strafrechtlichen Verantwortung betraut sind, und wird auch dazu beitragen, die Verantwortung der russischen Behörden festzustellen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen. Danke.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Es gibt heute nicht viel hinzuzufügen zu dem, was wir gemeinsam in der Erklärung der Europäischen Union und in der gemeinsamen Erklärung der 46 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, gesagt haben; auch nicht zu dem, was meine anderen Kolleginnen und Kollegen bereits in nationaler Eigenschaft gesagt haben.

Slowenien ist einer der 46 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus aktiviert haben.

Wir danken Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für den fundierten und ausgewogenen Bericht, den sie im Rahmen ihres Mandats in kurzer Zeit erstellt haben, sowie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte für seine technische Unterstützung.

Wie bereits erwähnt, konnte die Mission unter Berücksichtigung von staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Quellen, Medienberichten, Interviews, Videos und Fotos aus der Zeit bis Ende März – jedoch ohne Berücksichtigung der jüngsten Massaker der russischen Streitkräfte in Butscha und Kramatorsk und anderer verstörender Nachrichten, die uns täglich aus dem Krieg in der Ukraine erreichen – leider eindeutige Muster bei den Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht bestätigen, darunter sogar solche, die die grundlegendsten Menschenrechte und Elemente des internationalen Menschenrechts betreffen.

Die berichteten gezielten Tötungen, Entführungen von Zivilpersonen und das zwangsweise Verschwindenlassen von Personen können als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden.

Herr Vorsitzender,

wir müssen weiterhin unser Möglichstes tun, um Beweise für diese Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sammeln und alle Vorwürfe über Gräueltaten unabhängig und unparteiisch zu untersuchen, um den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und einen dauerhaften Frieden in der Ukraine zu erreichen.

Die Täterinnen und Täter müssen und werden im Einklang mit dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden. Niemand von ihnen darf der Strafe entgehen.

Wir freuen uns, dass wir zu dieser Arbeit beitragen können, nicht zuletzt durch die Untersuchungsmission nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE.

Deshalb unterstützt Slowenien diesen Mechanismus: weil Fakten zählen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION PORTUGALS**

Herr Vorsitzender,

Portugal schließt sich der Erklärung der Europäischen Union sowie der Erklärung der Länder, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, an, doch möchten wir in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir möchten dem Expertenteam für seine Arbeit unter so schwierigen Bedingungen und für den Bericht danken, der bereits verteilt und heute hier vorgestellt wurde. Für eine eingehende Beurteilung der Fakten vor Ort und eine genauere Untersuchung zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit wird mehr Zeit benötigt. Nichtsdestotrotz können wir bereits jetzt auf einige Punkte näher eingehen.

Obwohl einige Ergebnisse des Berichts notgedrungen erst vorläufig sind, kommt dieses Dokument zur rechten Zeit. Der in Übereinstimmung mit dem Moskauer Mechanismus der OSZE erstellte Bericht ist der erste internationale Bericht, der Muster bei den Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und internationale Menschenrechtsnormen in der Ukraine ganz klar aufzeigt. Der Bericht unterstreicht insbesondere das ungeheure Ausmaß und die Art der von der Russischen Föderation und ihren Stellvertretern begangenen Verstöße nach der Invasion und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Portugal unterstützt voll und ganz die internationale Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine. Wir betonen, wie wichtig es ist, Beweise für derart schändliche Verbrechen zu sammeln und zu sichern und dass die Täter vor Gericht gebracht werden müssen. Der Bericht nach dem Moskauer Mechanismus ist ein wertvoller Beitrag zu diesen Bemühungen.

Portugal verurteilt nachdrücklich die Invasion und den brutalen und ungerechtfertigten Angriffskrieg der Russische Föderation gegen die Ukraine, an dem auch Belarus beteiligt ist. Wir bekräftigen unsere starke Solidarität mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk.

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MALTAS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an, möchten jedoch auf einige Punkte gesondert eingehen.

Wie meine Kolleginnen und Kollegen möchte ich Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für ihren umfassenden, unter schwierigsten Umständen erstellten Bericht danken. Dieser macht deutlich, wie wichtig die OSZE-Menschenrechtsmechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im OSZE-Raum sind.

Der Bericht der unabhängigen Experten spiegelt die düstere Krise wider, in der sich unsere Region befindet. Angriffe auf zivile Ziele wie Krankenhäuser, Schulen und Wohngebiete werden als schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht erachtet und stehen im Widerspruch zu dem, was im OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit vereinbart wurde.

Ein derartiges Vorgehen hat in einem modernen und demokratischen Europa keinen Platz. Vor diesem Hintergrund schließen wir uns denen an, die diese schrecklichen Verbrechen verurteilen und ein Ende der Gräueltaten fordern.

Es ist von allergrößter Bedeutung, dass jede und jeder Einzelne vor Gericht gestellt und für die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen wird. In diesem Sinne begrüßen wir den Hinweis der Berichterstatter auf die Rechenschaftsmechanismen und ihre diesbezüglichen Empfehlungen.

Abschließend bekräftigt Malta seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und schließt sich der Aufforderung seiner Partner an Russland an, seine militärischen Operationen in der Ukraine einzustellen. Darüber hinaus rufen wir alle Parteien auf, sich um eine friedliche Lösung des Konflikts zu bemühen, da dies der einzige Weg ist, um die Sicherheit und Stabilität in Europa zu erhalten.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union an und ebenso der Erklärung, die Rumänien im Namen der Ukraine und der 45 Staaten abgegeben hat, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben. Gestatten Sie mir, folgende Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Zunächst möchte ich dem Expertenteam – Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli – für seinen umfassenden Bericht danken.

Zu dem Bericht habe ich lediglich eine Bemerkung.

Während die Wirtschaft Russlands unter den schärfsten Sanktionen in der Geschichte einbricht, die gegen Russland wegen seines Krieges gegen die Ukraine und seiner Gräueltaten am ukrainischen Volk verhängt wurden, hat es den Anschein, als seien Menschenrechtsverletzungen weiterhin sein wichtigstes Exportgut.

Wir müssen diesen Export genauso unterbinden wie den Export von Kohle, Öl und Gas aus Russland.

Soeben hat der verehrte russische Vertreter seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Bericht nicht konsensfähig formuliert sei.

Dazu ist zu sagen, dass es niemals irgendeinen Konsens für den Krieg Russlands gegen die Ukraine gegeben hat.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Finnland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union sowie der vom verehrten Botschafter Rumäniens im Namen von 46 Teilnehmerstaaten abgegebenen gemeinsamen Erklärung vollinhaltlich an.

Gestatten Sie mir, als Vertreter meines Landes Folgendes anzumerken.

Wir danken den Berichterstattern nach dem Moskauer Mechanismus, Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli herzlich für ihre engagierte Arbeit. Wir wissen die Professionalität und Objektivität Ihres Berichts, dessen Schlussfolgerungen ganz eindeutig sind, sehr zu schätzen.

Sie haben „eindeutige Muster der Verletzung des humanitären Völkerrechts (HVR) durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen gefunden“.

Darüber hinaus haben Sie glaubwürdige Beweise für Verstöße gegen internationale Menschenrechtsnormen gefunden, „die sogar die grundlegendsten Menschenrechte betreffen“, vor allem in Gebieten, die von Russland kontrolliert werden.

In Ihrem Bericht werden auch einige Verstöße erwähnt, die der Ukraine zuzuschreiben sind, doch sind die Verstöße Russlands „in ihrer Art und ihrem Ausmaß bei Weitem größer“.

Herr Vorsitzender,

ich möchte erneut bekräftigen, dass Finnland den unprovokierten russischen Angriff auf die Ukraine, der eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts darstellt, auf das Schärfste verurteilt.

Die grauenvollen Szenen aus ukrainischen Städten wie Butscha haben uns alle zutiefst erschüttert. Und wie im Bericht und in der Eröffnungserklärung von Professor Benedek

erwähnt, kamen diese Gräueltaten erst nach dem offiziellen Ende der Untersuchungen der Mission ans Tageslicht.

Herr Vorsitzender,

keine dieser Gräueltaten wird vergessen werden. Es darf keine Straflosigkeit geben – die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Ergebnisse des Berichts nach dem Moskauer Mechanismus in genauere Untersuchungen im Hinblick auf die rechtliche Verantwortlichkeit eingebracht werden.

Finnland unterstützt die vom Internationalen Strafgerichtshof (ISStGH) durchgeführte Untersuchung. Diese betreffen sowohl Kriegsverbrechen als auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Herr Vorsitzender,

Finnland legt großen Wert auf den Moskauer Mechanismus der OSZE. Er ist ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung der Verantwortlichkeit in Verbindung mit den OSZE-Verpflichtungen.

Wir möchten betonen, dass alle Teilnehmerstaaten 1991 in Moskau erklärten und ihre Staats- und Regierungschefs später in Astana 2010 erneut bekräftigten, dass „die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten darstellen.“

Wir möchten der Ukraine dafür danken, dass sie das Expertenteam eingeladen hat, diesen Bericht zu erstellen.

Das Instrumentarium der OSZE sollte in vollem Umfang genutzt werden, um die Auswirkungen von Russlands verheerendem Angriff auf die Ukraine zu untersuchen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK**

Herr Vorsitzender,

die Tschechische Republik schließt sich der Erklärung Rumäniens im Namen der Länder, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, sowie der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Erlauben Sie mir, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen. Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Vorsitzender, für die umgehende Vorlage des Berichts zur Behandlung im Ständigen Rat danken. Es darf bei unseren Bemühungen zur Verhinderung weiterer Gräueltaten keinerlei Aufschub geben.

Russlands groß angelegte, unprovizierte militärische Invasion in der Ukraine stellt eine beispiellose Verletzung aller Grundsätze des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Menschenrechte im Allgemeinen dar. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Menschheit.

Wie viele meiner Vorredner und Vorrednerinnen möchte ich betonen, dass jede Verletzung des humanitären Völkerrechts eine Verantwortung nach dem Völkerstrafrecht mit sich bringt. Wir beobachten die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten der Ukraine mit größter Aufmerksamkeit und sind weiterhin entschlossen, konkrete Fälle in den einschlägigen internationalen Foren zur Sprache zu bringen.

Wir sind der unabhängigen Expertenmission nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE für ihre Arbeit überaus dankbar. Im Namen der Tschechischen Republik möchte ich Ihnen, Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli für die fundierte Arbeit danken, die Sie innerhalb des knappen Zeitrahmens geleistet haben. Ihr Bericht bestätigt leider unsere schlimmsten Befürchtungen, da er einen erschütternden Überblick über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gibt, die in der Ukraine nach der unprovizierten, groß angelegten militärischen Invasion Russlands begangen wurden. Diese Gräueltaten müssen bestraft werden. Ihr Bericht wird mit Sicherheit eine solide Grundlage für weitere Untersuchungen und nachfolgende Gerichtsverfahren bilden.

Wir wissen auch die engagierte Mitwirkung der ukrainischen Zivilgesellschaft sehr zu schätzen, die aktiv Beiträge, Beweise aus erster Hand und Zeugenaussagen für den Bericht geliefert hat. Wir anerkennen auch den Mut der ukrainischen Zivilgesellschaft, der

entscheidend zum Wandel in diesem Land und seinem Übergang zur Demokratie beiträgt. Die Tschechische Republik unterstützt weiterhin zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft in der Ukraine, die ihre wertvolle Tätigkeit sogar unter Kriegsbedingungen fortführen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,

die Republik Moldau schließt sich der Erklärung des Botschafters von Rumänien im Namen der Länder, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, und der Erklärung der Delegation der Europäischen Union vollinhaltlich an; wir möchten jedoch auch in nationaler Eigenschaft Stellung nehmen.

Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Republik Moldau hat gemeinsam mit 44 anderen Ländern den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt, um auf die große Besorgnis angesichts der Verletzung internationaler Menschenrechtsnormen und der schrecklichen humanitären Auswirkungen der unprovokierten und ungerechtfertigten Aggression Russlands gegen die Ukraine aufmerksam zu machen.

Ich möchte mich dem Dank an die Expertenmission für ihre maßgebliche Arbeit im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE anschließen. Wir danken ihnen für ihre professionelle Herangehensweise und für den fundierten Bericht, den sie unter Zeitdruck und äußerst angespannten Verhältnissen erstellt haben.

Aus dem Bericht geht klar hervor, dass unsere Besorgnis berechtigt war. Der Bericht dokumentiert ausführlich die Fakten auf der Grundlage der Erkenntnisse vor Ort und übereinstimmender Berichte von NRO, Journalistinnen und Journalisten sowie Opfern. Er liefert auch zahlreiche Beweise für unterschiedslose Angriffe der russischen Streitkräfte auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Gebäude in verschiedenen Orten der Ukraine sowie für zahlreiche Gräueltaten, Zerstörungen und schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte und die internationalen Menschenrechtsnormen, die nicht zu rechtfertigen sind.

All diese Fakten müssen in den kommenden Wochen von Fachorganisationen und einschlägigen Rechenschaftsmechanismen auf nationaler und internationaler Ebene

eingehend untersucht werden. Alle, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

leider erleben wir weiterhin militärische Angriffe, schreckliches menschliches Leid und den Verlust von Menschenleben. Ich möchte die Aufforderung der Republik Moldau an Russland wiederholen, unverzüglich alle Kampfhandlungen einzustellen und seine Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzuziehen. Das ist der einzige Weg, diesen schrecklichen Krieg zu beenden.

Moldau unterstützt nachdrücklich die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE**

Danke, Herr Vorsitzender.

Die Niederlande schließen sich der Erklärung des Ständigen Vertreters Rumäniens im Namen der Länder, die den Moskauer Mechanismus ausgelöst haben, und der Erklärung der Delegation der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchten jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Wir danken der geschätzten dreiköpfigen Expertenmission und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) für die hervorragende Arbeit, die sie trotz äußerst schwieriger Umstände, des eingeschränkten Zugangs und des knapp bemessenen Zeitrahmens geleistet haben. Die Niederlande sehen einer vertieften Prüfung dieses ausgewogenen Berichts mit Interesse entgegen. Wir unterstützen den polnischen Vorsitz voll und ganz darin, diese Sondersitzung des Ständigen Rates angesichts der Dringlichkeit der Lage in der Ukraine möglichst bald nach der Veröffentlichung des Berichts einberufen zu haben.

Wir bedauern zutiefst, dass die Russische Föderation nach wie vor die Gültigkeit und Bedeutung des Moskauer Mechanismus leugnet, was sowohl aus dem Bericht als auch aus der soeben abgegebenen Erklärung der russischen Delegation hervorgeht.

Wir hören von der russischen Delegation immer wieder, dass die OSZE-Verfahren eingehalten werden müssten und Fakten und Dokumente gebührend zu beachten seien. Doch diese Worte klingen mehr und mehr wie leere Worthülsen. Denn wenn es darum geht, das Verhalten der Russischen Föderation selbst zu untersuchen, hält sich Russland weiterhin bedeckt, wie seine Reaktion auf diese spezielle Untersuchung im Rahmen des Moskauer Mechanismus einmal mehr gezeigt hat.

Wie bereits andere vor mir festgestellt haben, sehen wir die Aktivierung des Moskauer Mechanismus in diesem Fall als Teil viel umfassenderer internationaler Bemühungen um Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht. ODIHR, das System der Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Bericht, den wir heute erörtern, ist nur ein erster Schritt zur Anwendung aller Instrumente, die die internationale Gemeinschaft in einer konzertierten Aktion einsetzen kann, um

sicherzustellen, dass diejenigen, die für diese abscheulichen Verbrechen verantwortlich sind, der Gerechtigkeit nicht entgehen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1369. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1369, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Ukraine dankt Professor Benedek, Professorin Bílková und Professor Sassòli, die sich für die Expertenmission zur Verfügung gestellt haben, welche nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE eingerichtet und von 45 OSZE-Teilnehmerstaaten damit beauftragt wurde, über die im derzeitigen Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine begangenen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und internationaler Menschenrechtsnormen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu berichten.

Wir schätzen Ihre professionelle und unabhängige Arbeit sehr, deren Ergebnis der umfassende Bericht ist, den Sie heute Vormittag dem Ständigen Rat vorgelegt haben.

Die Feststellungen und Schlussfolgerungen des Berichts belegen eindeutig, dass die massiven Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von Russland auf dem souveränen Hoheitsgebiet der Ukraine begangen werden, ein Ausmaß erreicht haben, das die internationale Gemeinschaft in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat, und dass dringend gehandelt werden muss, um dem Aggressorstaat Einhalt zu gebieten.

Wir stellen fest, dass die Russische Föderation die Zusammenarbeit mit der Expertenmission verweigert hat, was nichts anderes als ein klares Zeichen dafür ist, dass Russland die volle Verantwortung für den Aggressionskrieg gegen die Ukraine und dessen Folgen anerkennt.

Auch wenn der 94-seitige Bericht eindeutige Beweise für das ungeheuerliche Ausmaß an Gräueltaten liefert, die Russland in der Ukraine begangen hat, halten wir es für wichtig, einige der von der Expertenmission festgestellten Verstöße und Erkenntnisse herauszugreifen:

- Der internationale bewaffnete Konflikt begann mit dem unrechtmäßigen Angriff Russlands auf die Ukraine; Russland ist der Aggressor und daher für alles menschliche Leid in der Ukraine verantwortlich.

- Die Tatsache wird anerkannt, dass bestimmte Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk seit 2014 von der Russischen Föderation besetzt sind.
- Es ist unbestritten, dass die russischen Streitkräfte Streumunition, Munition mit großem Explosionsradius wie große Bomben oder Raketen, ungelenkte Flugkörper, Artilleriegeschosse und Mörser, Mehrfachraketenwerfer und aus Flugzeugen abgeworfene ungelenkte Bomben eingesetzt haben, und es gibt Vorwürfe, dass Waffen mit Brandwirkung, Bomben mit weißem Phosphor und Vakuum- oder thermobarische Bomben in dicht besiedelten Gebieten eingesetzt wurden.
- In den meisten Fällen geht aus den Schusswinkeln, den verwendeten Kampfmitteln und den getroffenen Objekten eindeutig hervor, dass die Angriffe auf die Zivilbevölkerung und auf zivile Objekte eindeutig Russland zuzuschreiben sind.
- Die Mission ist entsetzt über die unbestrittene Tatsache, dass die russische Invasion in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 Tausende Todesopfer und Verletzte unter der Zivilbevölkerung gefordert und mehr als zehn Millionen Menschen zu Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen gemacht hat.
- Unter den zahlreichen Fällen von eindeutigen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Kriegsverbrechen werden die Angriffe auf die Kinderklinik und das Theater in Mariupol als die ungeheuerlichsten genannt; diejenigen, die sie befohlen oder ausgeführt haben, haben ein Kriegsverbrechen begangen.
- Die Mission stellte fest, dass der Konflikt zwar alle Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine betraf, jedoch besonders negative Auswirkungen auf Personen hatte, die gefährdeten Gruppen angehören, wie Frauen, Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen.
- Die russischen Streitkräfte haben Zivilistinnen und Zivilisten, darunter auch Journalistinnen und Journalisten, ohne ordnungsgemäße Verfahren festgenommen und mit Methoden misshandelt, die mit Folter gleichzusetzen sind.
- Es gibt zahlreiche mutmaßliche Vergewaltigungen, einschließlich Gruppenvergewaltigungen, die von russischen Soldaten in vielen Regionen der Ukraine begangen wurden. Die Mission erinnerte daran, dass Vergewaltigung oder andere Formen sexueller Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder möglicherweise ein Kriegsverbrechen darstellen.
- Es wurden wiederholt Muster von Gewalttaten russischer Truppen dokumentiert, die gegen die internationalen Menschenrechte verstoßen, wie zum Beispiel die gezielte Tötung, das zwangsweise Verschwindenlassen oder die Entführung von Zivilpersonen, darunter Journalistinnen und Journalisten sowie lokale Amtsträgerinnen und -träger.
- Nahezu alle russischen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Zusammenhang mit der Behandlung ukrainischer und ausländischer Zivilistinnen und Zivilisten sowie Verstöße gegen die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben und

des Verbots von Folter und anderer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Strafe, ereigneten sich an Orten, die von Russland kontrolliert werden. Im Sinne des funktionalen Besatzungsbegriffs haben sich diese Verstöße somit in von Russland besetzten Gebieten ereignet.

- Verwendung durch die russischen Truppen des Schutzzeichens des Roten Kreuzes auf Militärfahrzeugen, die keine Sanitätsfahrzeuge sind, sowie von ukrainischen Flaggen und ukrainischen Armee- oder Polizeiuniformen oder -fahrzeugen, von weißen Fahnen, Zivilkleidung und OSZE-Symbolen, mit dem Ziel, ihre militärischen Operationen leichter durchführen zu können, was gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt.

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Ukraine möchte die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten besonders auf die Schlussfolgerung der Mission aufmerksam machen, dass eine eingehende internationale Untersuchung an Ort und Stelle erforderlich ist, um – ich zitiere – „willkürliche Hinrichtungen einer großen Anzahl von Zivilistinnen und Zivilisten während der russischen Besetzung von Dörfern in der Nähe von Kyjiw, insbesondere von Butscha, und anlässlich des Rückzugs der russischen Streitkräfte zu untersuchen. Es gibt Fotos und Videos von Zivilpersonen, die zum Teil mit gefesselten Händen auf der Straße getötet wurden, und Berichte über ein Massengrab oder mehrere Massengräber. Diese Beweise deuten auf ein schweres Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die russischen Streitkräfte hin.“ Wir bauen darauf, dass sich das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte im Rahmen seines Mandats aktiv mit dieser Frage befasst.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in dem Bericht wird unterstrichen, dass – ich zitiere – „die Mission in vielen der untersuchten Fragen eindeutige Muster bei der Verletzung des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte festgestellt hat. Dies betrifft vor allem die Durchführung der Kampfhandlungen. Es ist nicht vorstellbar, dass so viele Zivilistinnen und Zivilisten getötet und verletzt und so viele zivile Objekte, darunter Häuser, Krankenhäuser, Kulturgüter, Schulen, mehrstöckige Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, Strafvollzugsanstalten, Polizeistationen, Wasser- und Stromversorgungseinrichtungen, beschädigt oder zerstört worden wären, wenn Russland seine Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht in Bezug auf die Prinzipien der Unterscheidung, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen bei der Durchführung der Kampfhandlungen in der Ukraine eingehalten hätte.“

Wir betrachten den Bericht im Rahmen des Moskauer Mechanismus als einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Straflosigkeit zu verhindern und für Gerechtigkeit zu sorgen, indem alle Drahtzieher und Täter der im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine begangenen Verbrechen, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Verpflichtung besteht nicht nur darin, alle, die für Verbrechen verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Unsere gemeinsame Verpflichtung ist es auch, die Russische Föderation daran zu hindern,

neue barbarische Taten gegen das ukrainische Volk zu begehen. Leider wird der Angriffskrieg Putins von Tag zu Tag gefährlicher.

Anfang dieser Woche drohten die bewaffnete Formationen Russlands in den vorübergehend besetzten Gebieten mit dem Einsatz chemischer Waffen gegen die ukrainischen Kräfte, die Mariupol verteidigen. Wir müssen diese Art von Bedrohung so ernst wie möglich nehmen. Allein die Erklärung einer solchen Absicht ist bereits eine verbrecherische Tat.

Russland bereitet sich schon seit Langem auf den Einsatz solcher Waffen vor. Die Folgen wären entsetzlich. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um dafür zu sorgen, dass diese Absicht niemals in die Tat umgesetzt wird. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Mit aller Härte.

Ich möchte meine Erklärung mit der Aufforderung von Präsident Wolodymyr Selenskyj abschließen, dass „es an der Zeit ist, dieses [Maßnahmen]Paket so zu schnüren, dass von russischer Seite nicht einmal mehr ein Wort über Massenvernichtungswaffen zu hören ist“.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.